

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

27.4.1923 (No. 97)

Am Reichsmarkt... der Süddeutschen... ab März ein...

Rechnung: Geschäftsstelle 535... Verlegerin und Herausgeberin: Alt-Gel. „Badenia“ (Wihelma Jöhner, Direktorin)...

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: 1 halbes, 1 mm hoch, 85.- Mr.; in Reklamenten 250.- Mr. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen...

Vom Tage.

Das Reichskabinett hält heute unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung ab, um sich mit dem deutschen Angebot zu beschäftigen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat ebenfalls über die Reparationsvorschläge, speziell über die Garantieforderung beraten.

Das Devisennotgesetz wird voraussichtlich nächste Woche veröffentlicht werden.

Hugo Stinnes erklärt in der Deutsch. Allgem. Ztg., daß weder er noch seine Firma während des letzten Weltkrieges Devisen gekauft haben.

Die Rheinlandkommission hat die Beförderung von Reisenden, Paketen und Briefen in Automobilen der Reichspost verboten.

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet haben neue Lohnforderungen eingereicht, die mit der neuerlichen Marktwirtschaft begründet werden.

Der Staatsgerichtshof zum Schatz der Republik beschloß sich gestern mit der Beschwerde der Deutschholländischen gegen ihre Auflösung. Die Verhandlung wurde auf heute nachmittags vertagt.

Die christlichen Gewerkschaften Groß-Berlins erklären sich gegen den 1. Mai-Feiertag.

In Paris wurde gestern ein Ministerrat abgehalten, in dem die Punkte über die Lage im Ruhrgebiet Bericht erstattete.

In Italien will die Polizei eine Verschwörung gegen Mussolini und den Faschismus entdeckt haben.

Die Schweizer Blätter machen in ihren Lausanner Berichten auch auf eine Aenderung in den griechisch-türkischen Beziehungen aufmerksam. Man sei nicht wenig überrascht in Lausanne, daß Benizelos (König) einen Besuch abgelehnt habe.

Aus der Tatsache, daß Benizelos einen Gegenbesuch machte, will man schließen, daß zwischen der Türkei und Griechenland bereits eine gewisse Annäherung stattgefunden habe.

Lord Curzons Rede und Lausanne.

Die Motive der Rede des britischen Außenministers spielen in den öffentlichen Erörterungen noch immer eine große Rolle. Daß Lord Curzon weit davon entfernt ist, deutsche Politik zu machen, ist selbstverständlich, auch macht er keine französischen, sondern englische Politik. Aber die Ueberlegung, welche Wirkungen die englische Politik Lord Curzons, so wie er sie beabsichtigt, auf das deutsch-französische Verhältnis haben werden, bleibt darum doch notwendig. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Ziele, welche Lord Curzon auf der in Lausanne beginnenden Lausanner Konferenz verfolgen will, nicht nur den von seiner letzten Rede weitgehend bestimmt habe, daß sie vielmehr die letzte Wurzeln und Anlaß zu dieser vielbesprochenen Rede gewesen sind. So ergibt sich für die Beurteilung seiner Ausführungen für uns die Frage: Was bedeutet heute für die Weltlage das deutsch-französische Streitgespräch der Lausanner Konferenz, was bedeuten insbesondere in dieser Hinsicht die Absichten und Ziele des britischen Außenministers auf dieser Konferenz?

In einem Artikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung mit der Ueberschrift: „Was will Curzon?“ (Nr. 190) vertritt der deutschnationale Geschichtswissenschaftler Dr. Martin Spahn folgende Kombination: Spahn bezeichnet es als das bisherige Ziel der englischen Politik gegenüber den Türken, so durch das Waffenstillstandsabkommen von Mudros, so auf der ersten Lausanner Konferenz, die Russen von den Türken zu trennen; er schreibt: „Die Russen waren durch ihre willensmäßige wie diplomatische Ueberlegenheit über Lloyd George auf der Genuefer Konferenz wieder eine Macht in Europa geworden. Sie drängten nach Lausanne, um den Erfolg von Genua zu bestätigen und zu erweitern. Nachdem sie in Genua Deutschland noch nur als willkommenen Stützpunkt in ihrem Spiel verstanden hatten, luden sie in Lausanne auch ihn schon wieder das Ansehen einer Macht zu geben, die bei der Bestimmung über das Schicksal der Dardanellen mitgehört werden müsse. Hier hatte der Türkei einen gefährlichen Rückhalt gefunden. Hier zeigten sich schon wieder Anzeichen einer Neubildung der für Indien und damit für England unerwünschten Lage im vorderasiatischen Felde vor dem Weltkrieg. Curzon kehrte sich in Lausanne durch. Die Russen wurden dort abgewiesen. Sie sind seitdem auffällig schwächer geworden.“ Er fährt dann fort, nachdem er kurz den Konflikt und den mächtigen politischen Widerstand Deutschlands charakterisiert hat: „Unser Widerstand an der Ruhr ist für England das erste Zeichen, daß sich Mittel- und Ost-Europa ähnlich wie Russland, obwohl noch erst schwach und langsam, wieder erhebt. Was ist heute richtiger, als daß sich der englische Staatsmann, der seinen Aufstieg wieder zur Seite Schob, nicht durch Deutschland sein vorzügliches Vorgehen auf dem vorderasiatischen Felde aufs neue fördern lassen will?“ Professor Spahn will mit solchen Ausführungen also andeuten, daß für den britischen Außenminister die Gefahr besteht, daß das anstehende

Die Streichung der japanischen Gesandtschaft beim Vatikan.

Aus Tokio, Anfang März, wird uns geschrieben: In den Staatshaushalt dieses Jahres waren als neuer Posten 114 000 Yen für den Gehalt des Außenministeriums zur Errichtung einer Gesandtschaft am Vatikan eingestellt worden.

Dieser Posten ist aber als einziger vom Parlament gestrichen worden, jedoch einstweilen keine japanische Gesandtschaft beim Vatikan errichtet werden kann.

Die Streichung ist nach dem äußeren Anschein auf Grund religiöser Bedenken buddhistischer Kreise, tatsächlich aber durch die Taktik der gegenwärtigen Oppositionspartei erfolgt.

Der Opposition kam es nämlich sehr gelegen, die Anforderung des Außenministers zu einer populären Handhabung zu benutzen, um unter Erregung der öffentlichen Meinung gegen den Minister und gegen das Kabinett überhaupt Stimmung zu machen.

Allerdings gingen die ursprünglichen Anträge gegen die Errichtung des Gesandtenpostens von buddhistischen Priestern der Präfektur Hiroshima aus, aber wahrscheinlich hatten sich schon damals Politiker der oppositionellen Kenzeikai-Partei dahinter gesteckt.

Offiziell ging die Partei allerdings erst vor, als einer der höchsten buddhistischen Priester, Graf Dani, vom Gaijiki-Kloster in Kyoto, ein näher Verwandter des Kaiserhauses, gegen die Entsendung der Mission Stellung nahm.

Der Graf erklärte, daß nach der Meinung der Katholiken die Religion das höchste Gut sei, nach japanischer Anschauung aber das japanische Kaiserhaus. Demgemäß könne die Erhebung des Papstes durch Errichtung einer Gesandtschaft den japanischen religiösen Begriffen entgegen.

Das Auswärtige Amt hütete sich wohl, auf diese religiös-dynastische Dialekt einzugehen, sondern wies in einer amtlichen in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß man einen diplomatischen Mittelpunkt wie den Vatikan, bei dem jetzt 27 Staaten gegenüber 14 vor dem Kriege vertreten waren, nicht ignorieren dürfe.

Der Gesandtenposten beim Vatikan solle rein diplomatische Bedeutung haben und hätte mit den religiösen Angelegenheiten in Japan garnichts zutun. Die Erklärung des Außenministers appellierte alsdann an die Tradition religiöser Toleranz in Japan und verwies auf den bereits früher stattgehabten Austausch diplomatischer Höflichkeit mit dem Vatikan.

Die Kenzeikai-Partei varierte diesen Sieb durch Revoluzzerakt. Sie erklärte, daß wenn etwa die Mehrheit der Seiyukai-Partei, den Posten im Parlament durchdrücken wollte, sie dann diese Frage zum Hauptkampf bei den diesjährigen Präfekturalwahlen und den nachfolgenden allgemeinen Wahlen machen würde.

Dabei sollte sie besonders das von dem Grafen Dani in die Debatte geworfene Moment von der Beeinträchtigung der Stellung des japanischen Kaiserhauses durch den diplomatischen Verkehr mit dem Papste zur Einwirkung auf die japanischen Volksmassen ausnutzen. Dieses Sachmittel wirkte derart auf die Regierungspartei, die Seiyukai, daß sie — was gewiß ein seltener Fall ist — selbst gegen die Forderung ihres Vertrauensmannes, des Ministers, stimmte.

Der Minister machte ihr das freilich leicht, indem er durchdrückte, daß er an der Anforderung der 114 000 Yen für den Gesandtschaftsposten nicht unter allen Umständen festhalten würde.

Auch diese Haltung des Ministers ist von der Opposition wieder mit diabolischer Geschicklichkeit ausgenutzt worden. Sie erklärte, man könnte auch aus diesem Falle wieder entnehmen, wie gerechtfertigt der von ihr bei anderen Gelegenheiten dem Grafen Uchida gemachte Vorwurf einer nachgiebigen und schwächlichen äußeren Politik sei.

Da ein großer Teil des japanischen Volks in der Tat die äußere Politik der gegenwärtigen Regierung, insbesondere China gegenüber, als schwächlich ansieht, so hat dieser neue politische Vorfall sicherlich nicht dazu beigetragen, die Stellung des Kabinetts zu befestigen.

Auch diese Haltung des Ministers ist von der Opposition wieder mit diabolischer Geschicklichkeit ausgenutzt worden. Sie erklärte, man könnte auch aus diesem Falle wieder entnehmen, wie gerechtfertigt der von ihr bei anderen Gelegenheiten dem Grafen Uchida gemachte Vorwurf einer nachgiebigen und schwächlichen äußeren Politik sei.

Die Streichung der japanischen Gesandtschaft beim Vatikan.

Aus Tokio, Anfang März, wird uns geschrieben: In den Staatshaushalt dieses Jahres waren als neuer Posten 114 000 Yen für den Gehalt des Außenministeriums zur Errichtung einer Gesandtschaft am Vatikan eingestellt worden.

Dieser Posten ist aber als einziger vom Parlament gestrichen worden, jedoch einstweilen keine japanische Gesandtschaft beim Vatikan errichtet werden kann.

Die Streichung ist nach dem äußeren Anschein auf Grund religiöser Bedenken buddhistischer Kreise, tatsächlich aber durch die Taktik der gegenwärtigen Oppositionspartei erfolgt.

Der Opposition kam es nämlich sehr gelegen, die Anforderung des Außenministers zu einer populären Handhabung zu benutzen, um unter Erregung der öffentlichen Meinung gegen den Minister und gegen das Kabinett überhaupt Stimmung zu machen.

Allerdings gingen die ursprünglichen Anträge gegen die Errichtung des Gesandtenpostens von buddhistischen Priestern der Präfektur Hiroshima aus, aber wahrscheinlich hatten sich schon damals Politiker der oppositionellen Kenzeikai-Partei dahinter gesteckt.

Offiziell ging die Partei allerdings erst vor, als einer der höchsten buddhistischen Priester, Graf Dani, vom Gaijiki-Kloster in Kyoto, ein näher Verwandter des Kaiserhauses, gegen die Entsendung der Mission Stellung nahm.

Der Graf erklärte, daß nach der Meinung der Katholiken die Religion das höchste Gut sei, nach japanischer Anschauung aber das japanische Kaiserhaus. Demgemäß könne die Erhebung des Papstes durch Errichtung einer Gesandtschaft den japanischen religiösen Begriffen entgegen.

Das Auswärtige Amt hütete sich wohl, auf diese religiös-dynastische Dialekt einzugehen, sondern wies in einer amtlichen in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß man einen diplomatischen Mittelpunkt wie den Vatikan, bei dem jetzt 27 Staaten gegenüber 14 vor dem Kriege vertreten waren, nicht ignorieren dürfe.

Der Gesandtenposten beim Vatikan solle rein diplomatische Bedeutung haben und hätte mit den religiösen Angelegenheiten in Japan garnichts zutun. Die Erklärung des Außenministers appellierte alsdann an die Tradition religiöser Toleranz in Japan und verwies auf den bereits früher stattgehabten Austausch diplomatischer Höflichkeit mit dem Vatikan.

Die Kenzeikai-Partei varierte diesen Sieb durch Revoluzzerakt. Sie erklärte, daß wenn etwa die Mehrheit der Seiyukai-Partei, den Posten im Parlament durchdrücken wollte, sie dann diese Frage zum Hauptkampf bei den diesjährigen Präfekturalwahlen und den nachfolgenden allgemeinen Wahlen machen würde.

Dabei sollte sie besonders das von dem Grafen Dani in die Debatte geworfene Moment von der Beeinträchtigung der Stellung des japanischen Kaiserhauses durch den diplomatischen Verkehr mit dem Papste zur Einwirkung auf die japanischen Volksmassen ausnutzen. Dieses Sachmittel wirkte derart auf die Regierungspartei, die Seiyukai, daß sie — was gewiß ein seltener Fall ist — selbst gegen die Forderung ihres Vertrauensmannes, des Ministers, stimmte.

Der Minister machte ihr das freilich leicht, indem er durchdrückte, daß er an der Anforderung der 114 000 Yen für den Gesandtschaftsposten nicht unter allen Umständen festhalten würde.

Auch diese Haltung des Ministers ist von der Opposition wieder mit diabolischer Geschicklichkeit ausgenutzt worden. Sie erklärte, man könnte auch aus diesem Falle wieder entnehmen, wie gerechtfertigt der von ihr bei anderen Gelegenheiten dem Grafen Uchida gemachte Vorwurf einer nachgiebigen und schwächlichen äußeren Politik sei.

Da ein großer Teil des japanischen Volks in der Tat die äußere Politik der gegenwärtigen Regierung, insbesondere China gegenüber, als schwächlich ansieht, so hat dieser neue politische Vorfall sicherlich nicht dazu beigetragen, die Stellung des Kabinetts zu befestigen.

Auch diese Haltung des Ministers ist von der Opposition wieder mit diabolischer Geschicklichkeit ausgenutzt worden. Sie erklärte, man könnte auch aus diesem Falle wieder entnehmen, wie gerechtfertigt der von ihr bei anderen Gelegenheiten dem Grafen Uchida gemachte Vorwurf einer nachgiebigen und schwächlichen äußeren Politik sei.

Die Streichung der japanischen Gesandtschaft beim Vatikan.

Aus Tokio, Anfang März, wird uns geschrieben: In den Staatshaushalt dieses Jahres waren als neuer Posten 114 000 Yen für den Gehalt des Außenministeriums zur Errichtung einer Gesandtschaft am Vatikan eingestellt worden.

Dieser Posten ist aber als einziger vom Parlament gestrichen worden, jedoch einstweilen keine japanische Gesandtschaft beim Vatikan errichtet werden kann.

Die Streichung ist nach dem äußeren Anschein auf Grund religiöser Bedenken buddhistischer Kreise, tatsächlich aber durch die Taktik der gegenwärtigen Oppositionspartei erfolgt.

Der Opposition kam es nämlich sehr gelegen, die Anforderung des Außenministers zu einer populären Handhabung zu benutzen, um unter Erregung der öffentlichen Meinung gegen den Minister und gegen das Kabinett überhaupt Stimmung zu machen.

Allerdings gingen die ursprünglichen Anträge gegen die Errichtung des Gesandtenpostens von buddhistischen Priestern der Präfektur Hiroshima aus, aber wahrscheinlich hatten sich schon damals Politiker der oppositionellen Kenzeikai-Partei dahinter gesteckt.

Offiziell ging die Partei allerdings erst vor, als einer der höchsten buddhistischen Priester, Graf Dani, vom Gaijiki-Kloster in Kyoto, ein näher Verwandter des Kaiserhauses, gegen die Entsendung der Mission Stellung nahm.

Der Graf erklärte, daß nach der Meinung der Katholiken die Religion das höchste Gut sei, nach japanischer Anschauung aber das japanische Kaiserhaus. Demgemäß könne die Erhebung des Papstes durch Errichtung einer Gesandtschaft den japanischen religiösen Begriffen entgegen.

Das Auswärtige Amt hütete sich wohl, auf diese religiös-dynastische Dialekt einzugehen, sondern wies in einer amtlichen in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß man einen diplomatischen Mittelpunkt wie den Vatikan, bei dem jetzt 27 Staaten gegenüber 14 vor dem Kriege vertreten waren, nicht ignorieren dürfe.

Der Gesandtenposten beim Vatikan solle rein diplomatische Bedeutung haben und hätte mit den religiösen Angelegenheiten in Japan garnichts zutun. Die Erklärung des Außenministers appellierte alsdann an die Tradition religiöser Toleranz in Japan und verwies auf den bereits früher stattgehabten Austausch diplomatischer Höflichkeit mit dem Vatikan.

Die Kenzeikai-Partei varierte diesen Sieb durch Revoluzzerakt. Sie erklärte, daß wenn etwa die Mehrheit der Seiyukai-Partei, den Posten im Parlament durchdrücken wollte, sie dann diese Frage zum Hauptkampf bei den diesjährigen Präfekturalwahlen und den nachfolgenden allgemeinen Wahlen machen würde.

Dabei sollte sie besonders das von dem Grafen Dani in die Debatte geworfene Moment von der Beeinträchtigung der Stellung des japanischen Kaiserhauses durch den diplomatischen Verkehr mit dem Papste zur Einwirkung auf die japanischen Volksmassen ausnutzen. Dieses Sachmittel wirkte derart auf die Regierungspartei, die Seiyukai, daß sie — was gewiß ein seltener Fall ist — selbst gegen die Forderung ihres Vertrauensmannes, des Ministers, stimmte.

Der Minister machte ihr das freilich leicht, indem er durchdrückte, daß er an der Anforderung der 114 000 Yen für den Gesandtschaftsposten nicht unter allen Umständen festhalten würde.

Auch diese Haltung des Ministers ist von der Opposition wieder mit diabolischer Geschicklichkeit ausgenutzt worden. Sie erklärte, man könnte auch aus diesem Falle wieder entnehmen, wie gerechtfertigt der von ihr bei anderen Gelegenheiten dem Grafen Uchida gemachte Vorwurf einer nachgiebigen und schwächlichen äußeren Politik sei.

Da ein großer Teil des japanischen Volks in der Tat die äußere Politik der gegenwärtigen Regierung, insbesondere China gegenüber, als schwächlich ansieht, so hat dieser neue politische Vorfall sicherlich nicht dazu beigetragen, die Stellung des Kabinetts zu befestigen.

Auch diese Haltung des Ministers ist von der Opposition wieder mit diabolischer Geschicklichkeit ausgenutzt worden. Sie erklärte, man könnte auch aus diesem Falle wieder entnehmen, wie gerechtfertigt der von ihr bei anderen Gelegenheiten dem Grafen Uchida gemachte Vorwurf einer nachgiebigen und schwächlichen äußeren Politik sei.

Am Reichsmarkt... der Süddeutschen... ab März ein... (Continuation of the left margin text)

Am Reichsmarkt... der Süddeutschen... ab März ein... (Continuation of the left margin text)

Am Reichsmarkt... der Süddeutschen... ab März ein... (Continuation of the left margin text)

Am Reichsmarkt... der Süddeutschen... ab März ein... (Continuation of the left margin text)

Am Reichsmarkt... der Süddeutschen... ab März ein... (Continuation of the left margin text)

Weitere Beschlüsse des Völkerbundes bezüglich des Saargebietes geben in dieser Hinsicht doch noch den Zweifel Raum. So hat man den Wunsch der Saarbevölkerung, bei der Ernennung des einen Regierungsmitglieds, das nach dem Vertrag Friedensvertrag aus ihren eigenen Reihen entnommen werden soll, wieder mißachtet, indem der Völkerbund jetzt zum Nachfolger des Dr. Gessler, der aus persönlichen Gründen beiseite gelassen wurde, wieder ein Werkzeuge des Herrn Kautz und der französischen Sozialpolitik gewählt hat, nämlich einen früheren Petroleumhändler namens Land, der vor dem Kriege ein frammer deutscher Kriegesverwalter war, aber nach der Besetzung des Saarlandes durch die Franzosen einen gründlichen Geinnungswechsel vollzogen und sich bei den regierenden französischen Stellen bald sehr beliebt gemacht hat. Das Vertrauen der Saarbevölkerung hat dieser Mann natürlich so wenig wie sein Vorgänger.

Im Vergarbeitsstreik hat die französische Verwaltung der (französischen) staatlichen Bergwerke bisher jede Verhandlung mit den Arbeitern abgelehnt, weil sie sich auf den Standpunkt stellt, der Streik sei nicht ein wirtschaftlicher, der auf bessere Existenzbedingungen abzielt, sondern ein politischer, der den passiven Widerstand der Bergarbeiter an der Ruhr unterstützen wolle. Die Vergarbeitsstreikenden das entsetzt. Es wird wohl treffen, was die Frkf. Na. vermutet, daß es die Absicht und die Hoffnung der Franzosen ist, diesen Streit zu benutzen, um die Vergarbeitsstreikenden zu zerschlagen; daher auch die (allerdings bisher erfolglosen) Versuche, „Gelbe“, d. h. in diesem Falle den Franzosen willfährige Gewerkschaften ins Leben zu rufen.

Innere Politik.

Das Devisennotgesetz.

Berlin, 27. April. Die die Telegramm-Union unerbittlich erfaßt, wird das Devisennotgesetz nicht mehr in dieser Woche veröffentlicht werden. Die Beratungen werden täglich fortgesetzt. Unter anderem fand gestern früh eine Beratung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Zentralverband der Banken und des Bankgewerkschafts statt. Es wird sich bei dem Gesetz um ein Notgesetz handeln, das nicht im Reichstag, sondern nur dem Reichsrat vorgelegt zu werden braucht und es dreht sich dabei um eine Änderung und Verschärfung des Devisengesetzes vom 12. Oktober 1922.

Der bayerische Innenminister über die vaterländischen Verbände.

München, 26. April. Im Landtag hielt gestern Minister des Innern, Dr. Schwenker, eine längere Rede über die vaterländische Bewegung, die er als eine Folge der brutalen Unterdrückung der deutschen Völk bezeichne. Die Aufgabe der vaterländischen Verbände wäre ausschließlich die Pflege des vaterländischen Gedankens, und es sei daher nicht verträglich, wenn nationalgerichtete Vereinigungen eine nationale Reichs- oder Landesregierung bekämpften und eine Politik auf eigene Faust treiben. Der Minister beklagte die Zersplitterung und das Gegeneinanderarbeiten der vaterländischen Verbände und wandte sich gegen jeden Bürger, der die vaterländische Bewegung über die gesetzlichen Ziele hinaus zu treiben versucht und Mittel und Wege empfehle, die dem Volksganzen gefährlich seien. Die bestehenden Gesetze müßten unbedingt beachtet werden. Keiner stehende Kreis müsse über seinen, nicht in jeder nationalen Bewegung sei es die Gefahr des Umsturzes zu ersehen. Wirklichen Gehören werde die Regierung unter allen Umständen mit allen Mitteln des Staates entgegenstellen. Die vaterländischen Verbände müßten vor allem auch den kämpfenden Kriegeren an Rhein und an der Ruhr einen moralischen Rückhalt bieten. Wer das Gegenteil tue, handle verwerflich. Dem Republikaner müsse die liberale Regierung in aller Gegenseitigkeit gegenüber. Die verantwortlichen Stellen sollten zu der Ansicht kommen, daß ein politischer Gerichtshof das Vertrauen des Volkes nicht habe. Die Nationalsozialisten hätten in der letzten Zeit durch ihren Terror zu profitem öffentlichen Vertriebs Anlaß gegeben. Die Polizei sei mit neuen strengen Befehlen versehen worden. Die Regierung werde ihre Pflicht auch künftighin erfüllen. Es müsse aber festgehalten werden, daß die Nationalsozialisten sich in der letzten Zeit auf ihre Verant-

Der Meister.

1) Roman eines Spirituellen von Franziska D'ram. „Weiß ich es wirklich?“ rief Lotte unerbittlich. „Denn brädest er ja niemand niederreden und überheugen zu wollen. Dann könnte er ja allein seine Sitzungen halten mit dir und den Medien und den paar, die dran glauben.“

„Sieh mal, Lotte, jeder will von dem, was ihm in solcher Offenbarung geworden, wohl den andern mitteilen. Er hält sich vielleicht sogar verpflichtet dazu.“

„So ein Numbis!“ murmelte Lotte. „Mit der verboten aussehenden Person!“

„Na, denk dir nur: das nächste Mal wird es auch etwas ganz anderes geben, Lotte. Da soll Sitzung sein mit drei blinden Medien.“

„Lotte drehte sich entrüstet herum. „Bist du meinetwegen Lebens?“ Und Papa ist das hier! Glaube mir, Mama, Knecht von ihnen ist so blind wie der Mann selber! Und du bestärkst ihn auch noch darin. Da verflücht aber nur das Silber auf, denn die kommen gewiß wieder aus dem Scheinwerfer, wie die Grete Milaus, stehenden Augenmenschen.“

„Weinlich schneit auf diese drei.“

„Papa hat auch auf Grete Milaus geschworen!“

„Er behauptet auch heute noch, die Sache mit ihr sei...“

„Sei natürlich ein Streich von den Konkurrenzgeistern! Vom bösen Säger Hubertus, der die Leute gern neckt. Wenn etwas sonnenklar ist, muß Papa erst recht anders kommen. Der hat bei damals seinen neuen Mantel dematerialisiert.“

„Ach Lotte, Papa hat mir ja gleich einen andern laufen wollen.“

„Wollen, ja! Aber du läufst noch immer im alten herum. Das hätte ich auch nicht oetan, Mama.

lungen beschränken, während von der Linken plamäßig die nationalsozialistischen Versammlungen gefördert werden. In eine Auflösung der Nationalsozialistischen Partei könne nicht gedacht werden. Sie gelte es nur die Aufführung des Volkes. Das Gesamtbild der vaterländischen Bewegung sei jetzt unerschütterlich. Der Minister forderte daher auf, zum idealen Gedanken des Selbstschutzes zurückzuführen.

Der bayerische Landtag lehnte im Anschluß an die Ministerrede die Anträge der Sozialdemokraten und der Demokraten auf Aufhebung aller Sturmtruppen ab, wam dagegen den Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der diejenigen Sturmtruppen aufgelöst wissen will, die sich Gewalttätigkeiten und Bedrohungen der Staatsgewalt zuschulden kommen lassen, und ferner ein zureichendes Vorgehen gegen Störungen der Versammlungs-freiheit verlangte.

Ausländerreisen nach Deutschland.

Berlin, 24. April. Londoner Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder mit den Maßnahmen der amtlichen deutschen Stellen zur Einschränkung des Ausländerverkehrs und bedauern die scharfe Handhabung der Fremdenpolizei in Deutschland. Wie auch in der Presse anderer Länder wird wieder die Forderung erhoben, die Geschwörungen bei der Einreise von Einreisenden zu beseitigen und dem Zustand ein Ende zu machen, der es den deutschen Behörden möglich mache, jeden Ausländer auszuweisen, der nicht einen dringenden Anlaß für seinen Verbleib in Deutschland nachweisen könne.

Wie hierzu von zuständigen deutscher Stelle mitgeteilt wird, besteht nicht die Absicht, die zurzeit bestehenden fremdenpolizeilichen Maßnahmen wieder aufzuheben oder auch nur ihre Wirkung abzumildern, soweit sie geeignet sind, unerwünschte Elemente fernzuhalten. Berechtigten Ausländern könne im Rahmen der geltenden Bestimmungen durchaus Rechnung getragen werden; ebenso wolle man alle Härten vermeiden und auf keinen Fall den legitimen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Ausland irgendwie hinderliche Fesseln anlegen. Einwandfreie und uns freundlich gesinnte Ausländer, für deren Einreise große politische, wirtschaftliche oder kulturelle Gründe sprechen können, seien nach wie vor willkommen. Auch liege die Erleichterung der Einreise erster ausländischer Einkäufer und Reisebegleiter jetzt weniger im deutschen Interesse als je. Das gilt, wie weiter verführt wird, in gleichem Maße für wirtschaftlich wertvolle Besucher von deutschen Kur- und Badeorten, von Sanatorien und aus von Sozials, Beherbergungs- und Verpflegungsanstalten. Aus kulturellen Gründen wird ferner Wert darauf gelegt, daß Teilnehmer an wissenschaftlichen Kongressen, an Ausstellungen und dergleichen, sowie Studierende aus dem Ausland entgegenkommend behandelt werden. Erholungs- und Studienreisen sollen nicht schlechthin als Vergnügungstreifer gewertet werden. Endlich hat man auch in Deutschland den Wunsch, ernsthaften Ausländern, die sich durch eigenen Augenzeugen ein richtiges Bild von der Lage Deutschlands machen wollen, Einreise und Aufenthalt zu ermöglichen.

Er scheint - U. Frankf. Na. - nach diesen Mitteilungen, als ob man durch willkürliche Interpretation der früher ausgegebenen Richtlinien eine ganz wesentliche Abschwächung der strengen Kontrolle über den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland herbeiführen will.

Aufzug der Vergarbeitsverbände.

Die vier Vergarbeitsverbände im Ruhrgebiet veröffentlichten einen Warnungsaufzug vor der Absicht der Kommunisten, Unionsisten und Syndikalisten, den passiven Widerstand in Generalstreik und Gewalttätigkeiten umzuwandeln.

Ausland.

Die Memeler Deutschen, die Ruhrhilfe und ein hühnerer Zug der Besatzung eines britischen Kriegsschiffs.

Aus Memel, im April, wird uns geschrieben: Der Anteil der hiesigen deutschen Bevölkerung an den Leiden der besetzten Gebiete im Westen ist nach wie vor sehr groß, was uns mehr anzuerkennen ist, als die hiesigen Deutschen ja gegenwärtig selbst überdrängelt werden.

Wenn deutschen Generalkonsulats sind von allen Seiten Spenden für die Ruhrhilfe einzuhalten. Die Leitung des hiesigen städtischen Theaters hat, um die in Deutschland durch den Ruhrstreik erzwungene einseitige nationale Note auch hier im abgetrennten Gebiete anklagen zu lassen, das Stück „Volk in Not“ wiederholt über die Bühne gehen lassen.

Die litauische Kommandantur machte zwar anfangs Schwierigkeiten, weil sie Anspielungen auf den Litauerneinfall fürchtete - böses Gewissen! - aber der Oberkommissar Smelona erwiderte sich als verständlicher und ließ die Ausführung des Stückes zu.

Ende März veranstaltete der Arbeitergesangverein zum Besten der Ruhrhilfe ein Konzert im größten Saale Memels, der vollkommen ausverkauft war. Alle Grubben und Berufsstände der deutschen Bevölkerung Memels waren vertreten, jedoch ein schönes Beispiel der Einheit des Deutsch-tums gegeben wurde. Selbstverständlich war auch der deutsche Generalkonsul Graf Wedel mit dem gesamten Personal des Generalkonsulats bei dem Konzert anwesend. Der Reinertrag der Veranstaltung belief sich auf eine Million Mark.

Noch nicht bekannt geworden, aber recht bemerkenswert ist, daß die Besatzung des englischen Kreuzers „Calendon“, der nach dem Litauerneinfall von Ende Januar bis zum 19. Februar im hiesigen Hafen vor Anker lag, in dieser Zeit für die Ruhrhilfe einen namhaften Beitrag gespendet hat.

Die Orientkonferenz in Lausanne.

Lausanne, 26. April. Die Erste Kommission der Orientkonferenz für allgemeine Fragen, die gestern Nachmittag zu ihrer zweiten Sitzung zusammentrat, vertrat über verschiedene territoriale Fragen und sprach die Artikel 15, 16, 21 und 25 des Friedensvertrages durch. Die türkische Delegation erhob dabei den neuerdings aufgetauchten Anspruch auf die Italienische Inseln Insel des Dodekanes Castellorico, auf die kürzlich von türkischen Banden ein Einfall verübt wurde. Die Alliierten widerlegten die türkische Begründung und lehnten sowohl die Zuteilung der Insel an die Türkei als auch den von den Türken gemachten Vorschlag, ein Schiedsgericht mit der Entscheidung zu betrauen, ab. Nichtsdestoweniger beharrten aber die Türken auf ihrem Anspruch. Ferner wurde über das türkische Verlangen beraten, die an der Donau gelegene kleine Insel Haba Raich der Türkei wieder zuzuteilen, nachdem sie nach dem Weltkrieg an Rumänien gegeben worden war. Die Alliierten bestimmten aber das Verbleiben der Insel bei Rumänien. Auch auf diesen Anspruch wollten die Türken nicht verzichten. Im Verlaufe der Diskussion gab F. Smith Balcha dann noch bei Verhandlung des Artikels 21 die Erklärung ab, daß die Türkei sich an das auf der ersten Konferenz abgeschlossene Meeresschutzabkommen an ganz gebunden betrachte und daß die Frage von der Türkei als gänzlich geregelt angesehen werde.

London, 27. April. Die Finanzkommission der Lausanner Orientkonferenz behandelte vorgestern Nachmittag die Regelung der ottomanischen Schulden, die Frage der Vereinerung der Aktien von den ottomanischen Anleihen für Ägypten, im Sudan und Cypern. Die Verhandlungen stimmten der türkischen Forderung zu, daß das Recht zur Verteilung der ottomanischen Schuld auf die Türkei und ihre Nachfolgestaaten in eine Pflicht zur Verteilung umzuwandeln. Die Forderung der Verbündeten nach neuen Pfändern, um die Bezahlung der Schuld der ottomanischen Schuld zu garantieren, da die hauptsächlichsten Pfänder sich nicht mehr in der Türkei befinden, wurde von den Türken mit aller Bestimmtheit abgelehnt. Die Verhandlungen hielten über ihren Standpunkt aufrecht. Bezüglich der Schuld der Inseln des Dodekanes soll eine direkte Verhandlung mit Italien und der Türkei erfolgen. Die eingeleiteten Fragen wurden dann einem Sachverständigen Komitee überwiesen, das möglichst bald zusammentreten und einen Bericht ausarbeiten soll. Bis dahin wird das Finanzkomitee seine Arbeiten fortsetzen.

Die Russen in Lausanne.

Paris, 26. April. Hobos erzählt aus Lausanne: X. hat sich in der Endzeit der Konferenz dort getroffen oder zum mindesten eine russische Delegation entlassen.

Der elbassische Neutralität Ley verhaftet.

Strasbourg, 26. April. Der bekannte elbassische Neutralität Ley, der seit Kriegsende in Baden-Baden wohnte und im Verein mit zwei Gefinnungsgenossen eine schäbige Propaganda zugunsten einer Unabhängigkeitserklärung Ostpreußens betrieb, hat sich der Grenzpolizei in St. Ludwig im Oberelsaß gestellt. Ley war am 16. Mai 1920 von einem Schwurgericht zu Strasbourg im Abwesenheitsverfahren zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt worden. Durch seine Selbststellung will Ley eine Revision seines Prozesses erlangen. Im Verlaufe seines ersten Verhörs erklärte er, daß er bei seiner neutralistischen Idee den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Seite des Problems lege. A. Ley steht im 34. Lebensjahre und ist von Beruf Schriftsteller.

Mussolini und die Popolari. Rom, 26. April. Das Direktorium der Popolari, Partei des besetzten, trotz der jüngsten Ereignisse die totale Unterstützung des Ministeriums fortzusetzen.

Ungebetenes Komplott gegen den Faschismus.

Milano, 26. April. Die Polizei hat eine große Verschwörung entdeckt, die gegen Mussolini und gegen die Führer des Faschismus gerichtet war. Der Professor Pesco ist das Haupt derselben. Er wurde verhaftet. Nicht weniger als 300 führende Personen standen auf der schwarzen Liste der Verschwörer.

Das Wohnungsproblem in England.

London, 26. April. (Rf. Na.) Die Debatte über die Wohnungsnot bestätigt, daß mehrere hunderttausend Arbeiterwohnungen fehlen, was beispielweise in London dazu führte, daß 63 Prozent der Familien mit durchschnittlich vier bis fünf Kindern ein bis drei Räume bewohnten. Trotzdem besteht die Tatsache, daß seit dem Krieg immer noch keinerlei Arbeiterhäuser durch private Bauunternehmer errichtet wurden. Labour und Liberal bekämpften den Vorschlag der Regierung, die staatliche Zuschüsse an bietet, weil diese auf einen geringwertigen Haushalt bis zu 850 Quadratfuß beschränkt sind, was einen Berg auf Wohnungsbau bedeutet. Aus der Debatte läßt sich schließen, daß die Regierung im Verlauf der Komiteeberatung weiteren Konzeptionen zugänglich sein wird. Mandarier Guardian fordert Bestimmungen eines Beengung des Hauswertes nach unten, um „Guns“ zu vermeiden. Die Subsidien des Staates und der Kommunen werden als Maßnahmen der Hebergangszeit auch von Abhängen der freien Privatwirtschaft als unvermeidlich hingenommen, doch betont die Times, daß das gesamte Problem unlösbar sei, solange die Verschlebung des Hauswertes nach unten durch Einschränkungen der Preisbildung fortduere. Dieser Punkt spielt jedoch in der Debatte keine Rolle, weil aus politischen Gründen die Regierung sich die Aufhebung des Mietgesetzes nicht leisten kann.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. April 1923.

Absindungssummen an weibliche Beamte.

(Kleine Anfrage.) In Verfolg der Entschlieung des Reichstages vom 16. Dezember 1922 hat der Herr Reichsfinanzminister eine Verordnung am 8. Februar 1923, betreffend Absindungssummen an weibliche Beamte erlassen. Auf Grund dieser Verordnung sollen diejenigen weiblichen Beamten der Verwaltungen die Absindungs-summe erhalten, die verheiratet sind oder sich zu verheiraten beabsichtigen und bis zum 31. März 1923 freiwillig aus dem Dienst geschieden sind.

Bei der Ausführung der Verordnung wurde die Absindungssumme nur denjenigen Beamtinnen bewilligt, die zwischen dem 3. und 28. Februar zum 31. März gekündigt haben. Diejenigen Beamtinnen, welche im Hinblick auf die am 16. Dezember angenommene und veröffentlichte Reichstagsentschlieung bereits zwischen dem 14. Deor. 1922 und 8. Febr. 1923 zum 31. März gekündigt hatten, erhielten die Absindungssumme nicht. Dieses Verfahren ist gegenüber der letzten Gruppe von Beamtinnen eine große Härte, zumal diese Beamtinnen eine von der Verwaltung stets gewünschte längere Bindungsdauer beabsichtigten, aber andererseits im vollen Vertrauen auf die Reichstagsentschlieung gekündigt und alle Bedingungen der Verordnung vom 3. 11. 1923 erfüllt haben.

Was gerneht die Reichsregierung zu tun, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen und den betreffenden weiblichen Beamten nachträglich die Absindungssumme zu bewilligen?

(gez.) Frau Teusch (RfN), Marg. S. Dransfeld ufm.

Kölnler Brief.

Von einer Reise nach Köln schreibt uns ein Leser: Wer nach Köln fährt, wird zweimal kontrolliert. Der „Polizist“ oder Genbank läßt sich die Röhre hinstellen, ohne den Zug immer zu betreten. Die Waghöfste am Rhein liegen still wie die Friedhöfe. Nach Bonn fährt man mit einer Elektrischen noch teils gut. Die Marokkaner dort sind überall zu sehen. Sie sind gefährlich. Auch der Engländer, der in Köln zwar immer als Gentleman austritt, gilt nicht mehr als ganz harmlos. Es herrscht ein impulsiver militärischer Geist. Beim Dom, wo das Hotel Excelsior liegt, sehen zwei Schuttposten mit aufgeschlagenen Bajonetten neben zwei Schuttposten und bewachen den Kommandanten. Die Schuhmannschaft wird zum Grinsen der Offiziere gezwungen. Die Kölner sind immer noch lebensfro. Sie nehmen das Leben wie es ist. Die Theater sind (wennstens das Opernhaus) fast dauernd auf die nächsten Tage schon anverkauft. Die Lebensmittel kosten teilweise mehr als in Baden. Anderes wieder ist billiger. Die Geschäftswelt hat flotten Geschäftsgang. Mächtig freud-

„Ja, Mama, du hast dir eben eine vornehme Tochter ausgesucht, die etwas aus ihren Schönheitschaf hält. Mit Hanna Falke wärest du entschieden besser für deine Ideen gefahren. Mütter sind immer so altmodisch.“

Frau Destermann war schon zur Tür hinaus. Sie erreichte bei ihrer Tochter ebenso selten irgend etwas wie bei ihrem Gatten. Denn sie war eine von den Frauen, die dazu geboren sind, aus allen Menschen ihrer Umgebung durch anfängliches Verdönnen vollkommene Selbstlinge zu machen. Dann wunderte sie sich darüber. Und außerdem war sie, die sich erst spät verheiratet hatte, selber in ihrem ganzen Wesen holländisch auf ihren Mann gestellt. Sie bewunderte ihn blind und taub, wollte nichts von seiner immer wachsenden Eigenheit und Schüchtheit merken. Sie war in ihren Vorstellungen anscheinend noch vollkommen in den Alltagsleben, obgleich sie selbst damals oft genug recht unzufrieden auf den Boden der Wirklichkeit getreten war. In ihrer Art lächelte sie übrigens ganz glücklich zu sein, am glücklichsten freilich, wenn sie ihren Gatten zurückwartete oder anderen Leuten von ihm erzählte.

Jetzt ging sie noch einmal in die Küche und suchte die ungnädige Gatte, die sich sehr ungerne durch Gatte aus der Spiritusgemeinschaft in ihren Gewohnheiten und ihrer Nachtrube geföhrt sah, zu besänftigen, was kein ganz leichtes Unternehmen war.

Die Gatte war genau so lange im Saule wie Frau Destermann selber, hing auch im Grunde ihres Herzens an ihrer Frau. Von Lotte war sie dadurch eingefangen worden, daß die sie, so weit es ihr möglich, zur Vertanten gemacht hatte. Dieser Zwispalt mit ihrer Gattin machte sie oft mürrisch. Und außerdem hielt sie sich für berechtigt, ihren Ton mitzutönen.

(Fortsetzung folgt.)

nie immer der Don... mium kopieren zu... mde. Was das... für die Gatte könn... wenn auch zahlreich... dort wohnt. Ist... besten Aufse. Möge... wieder zurück werde

Eine Stimme.

In der Schwere... Stimmungen sehr... mit großen Ante... die Reparationen... digung ziehen. A... kommende Stim... und sie bei der... Erödnung ziehen... es sich um Wätle... hien mit dem... in. Ich gehl mach... zu. a. im Quere... vom 25. April se... Es ist zu wun... mehr einzusehen... nicht weiter kom... reden in Berlin. D... ander vorüber red... einsehen, daß die... schneit und die M... Besolge von Aufze... sich anders als dur... halten. Ohne An... zude angeht, der... nicht recht beruht... fänden an der Mu... Besten werden, m... einem großen Teil... werden. - Auch di... vinstlichen Presse... großen Eindruck... Berlin einseht, d... digung zu stellen... den Ansehen. Die... sache, sondern hat... eine dieser Realit... land hinzunehmen... Hand reichen muß... dort würde zum... lands mächtig st... der Nationen hat... aktion ist zur Biqu... Deutschland wird... Nachrede von der... Kindern dürfen.

Auch einer Ver... Beratung der Ver... kern betrachtet m... Außenministers G... und man beachtet... sei es England, je... glaube vielmehr, d... des Verfaller Ver... Note dürfte mit d... Reichstagsrede ent... So denkt man... bei uns gehen... daß der bloß h... bauern kann und... den muß durch... Ansofern vor n... Rede Rosenbergs... dazu. Und wenn... Meinung der Reg... regung auf einer... soll die Aktion... gen erfolgen. A... einmal muß ein... an Deutschland n... - Die Lage der

Zum Hin...

Baden-Baden, von Sch... Baden-Baden ein... die Tochter der... oder Samstag frei... nach dürfen die... die Besetzung in... erfahren. Auch P... heute auf Schlo... Im Laufe des... Reiche der Großh... gogen. Die Heim... schlagenen Satz... verjüngt. An... Franz der Stadt... friedliche Zuge... nerstag nachmitt... und haben ihr ei... der Weiteidstund... den, sondern auch... auf Schloß Baden... nung des Badische... tag vormittag auf... florbenen Brot... und der Großher... sprechen.

Am Tag der... Großkapelle wech... und Schillerinnen... Verschiedene Göt... wig-Bilhelm... Frauenberci... Privatstauer, son... beschuldigen der... haben Plagen au... Der Bab. Landtag

! Karlsruhe, man n... richtige i... Großherzogliche... Neues Schloß... Mit ihnen tran... Badische Landtag... Frau, Frau Groß... ihre so überaus... unerschöpfliches... tagpräsident Wil... Anständig des... Der evangelische

Die Hausfrau ging aus der Küche. Gatte schämte das Geschrei im Aufwachtakt durcheinander und thallte die Tür unzufrieden zu. Frau Destermann machte sich im Flur und in dem Schlafzimer noch allerhand zu schaffen, ehe sie in das Wohnzimmer zurückkehrte. Sie summte dabei eine Melodie vor sich hin und beicite sich keineswegs. (Fortsetzung folgt.)

Die immer der Dom vor dem Beschauer. Im Wallraff...

Wie immer der Dom vor dem Beschauer. Im Wallraff...

Baden.

Eine Stimme aus der Schweiz zur Lage

In der Schweiz, wo man sich auf internationale...

Baden.

Die Besetzung der Reichsregierung

Die Besetzung der Reichsregierung ist ein Thema...

Baden.

Die Besetzung der Reichsregierung

Die Besetzung der Reichsregierung ist ein Thema...

Zum Hinscheiden der Großherzogin Luise Witwe.

Baden-Baden, 26. April. (Drahtbericht.) Der König...

Kirchliche Nachrichten.

Präsident Graf von Helldorf in Weiskirchen wurde...

Warrer Lorenz Eis f.

Warrer Lorenz Eis f. In Freiburg starb nach schwerer...

Karlsruhe.

Zur Bürgermeisterwahl.

Bei der heute stattgefundenen Wahl des zweiten Bürgermeisters...

Verfallungskalender der Zentrumspartei.

Neuhausen: Bezirksversammlung für das „Gebiet“, Reichstagsabgeordneter Erling.

Mittwoch, 2. Mai.

Karlsruhe-Bezirksamt: Kommunaltypischer Abend: Stadtrat Kuhn, Stadtordeener Wild.

Donnerstag, 3. Mai.

Horzheim-Bündelhorstbund: Gew.-Lehrer Schme...

Der Parteisekretär: Wilhelm Baur.

am nächsten Sonntag in allen Hauptgottesdiensten eine Gedächtnisfeier gehalten werde...

Großherzog Friedrich an den Landtag.

Großherzog Friedrich hat an den Präsidenten des badischen Landtags folgendes Danktelegramm geschickt:

Baden-Baden, 26. April. Dem Bad. Landtag danke ich zugleich namens der Weinen recht herzlich für die Anteilnahme beim Gedenken meiner geliebten Mutter...

Trauerkundgebung der Stadt Karlsruhe anlässlich des Ablebens der Großherzogin-Luise Witwe von Baden.

Zum Zeichen der Trauer der Stadt Karlsruhe um die am 24. d. M. dahingeschiedene Großherzogin-Luise...

widergewählt. Im gesamten wurden 95 Stimmen abge-

Die Bürgermeistereiwahl ist so ausgefallen, wie nach dem ersten Wahlgang anzunehmen war. Da die Demokraten und Sozialdemokraten sich trotz der vielen Kritik...

Die Parteiverammlung der Karlsruher Dunde.

Die Parteiverammlung der Karlsruher Dunde besitz und freunde am letzten Dienstag nahm einen stimmungsvollen Verlauf. Welche Erregung der vom Stadtrat beschlossene Gemeindefinanzplan zur Handlung...

Hauptversammlung des Verkehrsvereins.

Freitag abend 8 Uhr hält der Verkehrsverein im Weinzimmer der Bahnhofsverwaltung seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab, zu der jedermann eingeladen ist.

Letzte Nachrichten.

Eine deakonische Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission.

Paris, 27. April. (Tel.) Sabas meldet aus Koblenz: Die interalliierte Rheinlandskommission hat eine deakonische Verordnung erlassen, derzufolge industrielle und andere Personen, die sich weigern, den Konfiszierungsgeldern Folge zu leisten...

Russland und die Katholiken.

Rom, 27. April. Mussolini hat dem Vatikan und auch den Führern der katholischen Volkspartei erklärt, dass die faschistische Regierung und Partei nach dem Austritt der katholischen Mitglieder aus der Regierung durchaus nicht an eine Verfolgung der Katholiken denken oder irgend eine Gegenmaßregel in der Provinz beschließen. Diese Erklärung soll wohl ein Dokument der Mitteilung eines faschistischen Führers sein...

Dollar 26. April 29 500.—

Berlin, 26. April. (Drahtmeldung.) Die Berliner Börse beschloss sich heute lebhaft mit den bisher vorliegenden Angaben über den Inhalt der Verordnungen über die Devisenbeschränkungen. An den Aktien der Banken und Verfallspekulation ist ein starkes Angebot von ausländischen Zahlungsmitteln herausgekommen...

Amtliche Berliner Devisenkurse, 26. 4. 23.

Table with columns for location (Amsterdam, Brüssel, etc.), currency type (Gold, Brief), and exchange rates.

Berlin.

Table with columns for location (Hagen, Lloy, etc.), currency type (24.4.23, 26.4.23), and exchange rates.

Ohne Gewähr! Frankfurt

Table with columns for location (Bad. Bank, Darmst. Bank, etc.), currency type (24.4.23, 26.4.23), and exchange rates.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.

Todesfälle: 25. April: Juliana Kauer, alt 52 Jahre, Witwe des Kaufmanns Frz. Kauer; Maria Frenzeller, alt 25 Jahre, Ehefrau des Kaufmanns Emil Frenzeller.

Weltensachrichten der badischen Landes- wochenschrift in Karlsruhe

Vorausätzliche Billigung bis Samstag, den 28. April, nach: Weiskirchen wä. keine erheblichen Niederschläge, etwas kühl, nordwestliche Winde.

Wasserstand des Rheins am 27. April: Schiffermeil 172 (gef. 1), Rehl 200 (gef. 5), Magau 470 (gef. 8), Mannheim 377 (gef. 5).

